US-Synagogen bieten Zuwanderern ohne Papiere Schutz vor Razzien

17. Juli 2019



Washington (KNA) Zahlreiche jüdische Gemeinden haben am Sonntag (Ortszeit) Migranten ohne Papiere Schutz vor Verhaftung durch die Einwanderungspolizei angeboten. US-Präsident Donald Trump hatte für diesen Tag landesweite Razzien angekündigt, um illegale Zuwanderer abzuschieben. Tatsächlich gab es laut Medienberichten zunächst nur wenige Durchsuchungen.

Die jüngste Initiative der Synagogen ist Teil der landesweiten „Sanctuary Cities“-Bewegung zum Schutz von Einwanderern. Die Bewegung wird von Bürgerrechtlern sowie christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften unterstützt.

Die jüdische Menschenrechtsorganisation T’ruah organisierte Schutzmaßnahmen für Menschen ohne gültige Papiere in landesweit 70 Synagogen. Der Organisation gehören mehr als 2.000 Rabbiner und Gemeindeleiter an. Sie lehnt solche Razzien als grausam ab, da sie Familien zerreißen und Angst schüren, wie es in einer Erklärung heißt.

Zahlreiche US-Juden hatten sich zuletzt im ganzen Land organisiert, um gegen die Behandlung von Eingewanderten ohne Papiere zu protestieren. Darunter war die neu

gegründete Gruppe „Never Again Action“. Für sie seien die Razzia-Ankündigungen eine gezielte Maßnahme der TrumpRegierung, um Einwanderer zu terrorisieren, so eine Sprecherin.

Die „New York Times“ hatte am Sonntag unter Berufung auf Beamte des Ministeriums für Heimatschutz berichtet, die Behörden hätten inzwischen von einer großen zeitgleichen Durchsuchung im ganzen Land Abstand genommen. Stattdessen sollen nun kleinere Kontrollen an ausgewählten Orten über mehrere Tage durchgeführt werden. Die demokratische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, eine heftige Kritikerin der Einwanderungspolitik Trumps, klärt über ihre FacebookSeite Einwanderer in verschiedenen Sprachen über ihre Rechte auf.

(KNA - tkrlp-89-00162)
Foto: Pixabay

Stand: 16. November 2026